

Den Krieg verhindern – ein ungehörter früher Weckruf

VON ANTJE VOLLMER

Sisyphos mag vielleicht – nach Albert Camus – ein glücklicher Mensch gewesen sein. Cassandra war es sicher nicht. Glücklicherweise könnte sie sich schätzen, wenn ihre Warnungen die Macht besäßen, das geahnte Unheil abzuwenden. Würde das gelingen, wären zwar die Ahnung und Warnung dem späteren Spott ausgesetzt, aber die Welt wäre doch gerettet. Meistens aber geschieht das Gegenteil. Cassandra ist ohnmächtig. Warnungen, und seien sie noch so berechtigt, retten selten und machen niemanden glücklich. Das Unheil nimmt seinen Lauf.

Am 5. Dezember 2014 wurde in *ZEIT Online* ein Cassandra-Aufruf veröffentlicht mit dem Titel: „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ Er warnte vor der zunehmenden Entfremdung zwischen Europa und Russland und vor einer drohenden Gewaltspirale anlässlich der Konflikte um die Ukraine. Das geschah, mehr als sieben Jahre bevor der Krieg dann wirklich offen ausbrach. Der Aufruf war parteiübergreifend initiiert und so prominent wie nur möglich unterzeichnet: ein ehemaliger Bundespräsident, ein

ehemaliger Bundeskanzler, mehrere ehemalige Ministerpräsidenten aus den neuen und den alten Bundesländern, etliche Bundesminister, Staatssekretäre und Abgeordnete, Repräsentanten der deutschen Wirtschaft, führende Vertreter der Kirchen in Ost und West, bekannte Künstler, Regisseure, Schauspieler, Liedermacher, Menschenrechtler und Intellektuelle, ein Biobauer.¹

Dennoch hatte es der Aufruf schwer in der damaligen deutschen Öffentlichkeit. Die Redaktion der *Süddeutschen Zeitung*, die das Dokument zuerst angeboten bekam, ließ nach geraumer Zeit ausrichten, die Verfasser könnten doch eine bezahlte Anzeige schalten. Sie selbst hielt sich mit der journalistischen Kenntnissnahme ebenso zurück wie *ARD*, *ZDF*, *Deutschlandfunk*, *FAZ*, *Spiegel*. Alle Flakschiffe der deutschen Leitmedien hatten wenig Interesse an dieser Debatte und hielten den Aufruf für reichlich übertrieben.

¹ Der vollständige Text mit der Liste aller damaligen Unterzeichner findet sich auf *ZEIT Online* 2014–12 unter: <https://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog>. Zu den Unterzeichnern gehörten unter anderen: Mario Adorf (Schauspieler), Klaus Maria Brandauer (Schauspieler, Regisseur), Herta Däubler-Gmelin (Bundesministerin der Justiz a. D.), Eberhard Diepgen (ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin), Erhard Eppler (Bundesminister für Entwicklung und Zusammenarbeit a. D.), Roman Herzog (Bundespräsident a. D.), Christoph Hein (Schriftsteller), Burkhard Hirsch (Bundestagsvizepräsident a. D.), Uli Jörges (Journalist), Margot Käßmann (ehemalige EKD-Ratsvorsitzende und Bischöfin), Friedrich Küppersbusch (Journalist), Lothar de Maizière (Ministerpräsident a. D.), Reinhard Mey (Liedermacher), Konrad Raiser (ehemaliger Generalsekretär des Weltkirchenrates), Otto Schily (Bundesminister des Inneren a. D.), Friedrich Schorlemmer (ev. Theologe, Bürgerrechtler), Georg Schramm (Kabarettist), Manfred Stolpe (Ministerpräsident a. D.), Walther Stütze (Staatssekretär der Verteidigung a. D.), Horst Teltchik (ehemaliger Berater im Bundeskanzleramt für Sicherheit und Außenpolitik), Hans-Jochen Vogel (Bundesminister der Justiz a. D.), Antje Vollmer (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a. D.), Ernst Ulrich von Weizsäcker (Wissenschaftler), Hans-Eckardt Wenzel (Liedermacher), Gerhard Wolf (Verleger).

Der Appell begann mit den Worten: „Niemand will Krieg. Aber Nordamerika, die Europäische Union und Russland treiben unausweichlich auf ihn zu, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohung und Gegendrohung nicht endlich Einhalt gebieten. Alle Europäer, Russland eingeschlossen, tragen gemeinsam die Verantwortung für Frieden und Sicherheit.“ Der Ukraine Konflikt zeige erschreckend, dass die Sucht nach Macht und Vorherrschaft trotz der friedlichen Zeitenwende von 1989/90 nicht überwunden sei. Bei Amerikanern, Europäern und Russen sei der Leitgedanke, Krieg aus ihrem Verhältnis dauerhaft zu verbannen, verloren gegangen. Anders sei die für Russland bedrohlich wirkende Ausdehnung der NATO nach Osten ohne eine gleichzeitige Vertrauen schaffende Vertiefung der Zusammenarbeit mit Moskau nicht zu erklären. „Das Sicherheitsbedürfnis der Russen ist so legitim und ausgeprägt wie das der Deutschen, der Polen, der Balten und der Ukrainer. Wir dürfen Russland nicht aus Europa hinausdrängen. Das wäre unhistorisch, unvernünftig und gefährlich für den Frieden. Seit dem Wiener Kongress 1814 gehört Russland zu den anerkannten Gestaltungsmächten Europas. Alle, die versucht haben, das gewaltsam zu ändern, sind blutig gescheitert.“

Der Aufruf wandte sich an die damalige Bundesregierung der großen Koalition und erinnerte sie an das Versprechen aus der Zeit der großen Umbrüche der Jahre 1989/90. Sie möge endlich eine gemeinsame europäische Friedensordnung erarbeiten, die sowohl Russland einen Platz in Europa anbieten als auch den jungen neuen Demokratien Sicherheiten garantieren würde. Er bitet die Volksvertreter, über die Friedenspflicht der Regierung zu wachen. Und er wendet sich damals schon an die Medien mit der

Mahnung, nicht weiter ganze Völker oder Personen zu dämonisieren. „Es geht nicht um Putin. Staatsmänner kommen und gehen. Es geht um Europa.“

Deutschland trage aufgrund seiner Geschichte und seiner Lage eine besondere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens in Europa. Aus der überwundenen deutschen Teilung sollte einmal eine tragfähige europäische Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok erwachsen, wie sie von allen 35 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Mitgliedstaaten im November 1990 in der Pariser Charta für ein neues Europa vereinbart worden war. Auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Prinzipien und erster konkreter Maßnahmen sollte ein „Gemeinsames Europäisches Haus“ errichtet werden, um die Logik und Konfrontation des Kalten Krieges endgültig zu überwinden. Dieses Ziel der Nachkriegspolitik sei bis heute nicht eingelöst.

Aus heutiger Sicht trägt diese Intervention Züge eines Vermächtnisses. Einer der Autoren, der Sicherheitsexperte Walther Stütze, und viele der Unterzeichner haben den Kriegsausbruch 2022, vor dem sie warnten, nicht mehr erlebt. Das Dokument war wie ein letztes Aufbäumen des präventiven Geistes, der in Ost und West die Nachkriegszeit geprägt hatte. Es fanden sich darin sowohl die Sorge um die Haltbarkeit der Demokratie und um den Frieden im Äußeren und im Inneren als auch die Konzepte der Entspannungspolitik und Abrüstungsbemühungen im Schatten des Kalten Krieges. Hoffnung auf die friedenserhaltende Kraft der Vereinten Nationen und die Früchte des Helsinki-Prozesses prägten ihn ebenso wie die Impulse der weltweiten postkolonialen Ökumene und der Basisgruppen der Friedensbewegung in beiden Teilen Deutschlands.

Auffällig ist: Trotz weniger Ausnahmen ist dies kein Aufruf einer jungen Generation. Das markiert unerbittlich seinen Abstand und die Differenz zum heutigen bellizistischen Grundton in Politik und Medien, der seit Kriegsausbruch die öffentlichen Debatten bestimmt. Es gibt zwischen den Generationen einen scharfen Bruch in der Einordnung des Konfliktes, seiner Ursachen und Folgen, der beunruhigen muss. Dieser Riss geht auch durch viele Familien und alte Freundschaften.

Zwei Gründe für diesen Mentalitätswechsel werden meistens genannt. Einmal wird auf die grundlegende „Zeitenwende“ verwiesen, die der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bedeute – zum anderen heißt es, die junge Generation in Politik und Medien gehe offensiver und selbstbewusster mit der Last und den Lehren aus der deutschen Vergangenheit um. Sie gebe dem Motto „Nie wieder Auschwitz“ Vorrang vor anderen geopolitischen Zielen und traue sich und dem gesamten Westen damit auch größere Verantwortung in internationalen Konflikten zu.

Gegen diese Bewertung gibt es schwerwiegende Einwände. Vor allem betrifft das die Mahnung, nicht mit zweierlei Maß an die moralische Bewertung politischer Ereignisse heranzugehen. Ausgeblendet wird oft die Tatsache, dass die heute viel zitierte „regel- und wertebasierte Weltordnung“ und das Friedensgebot der UNO nicht zum ersten Mal, sondern bereits im Kosovo- und Irakkrieg verletzt wurden, als die NATO ohne UN-Mandat mit einer „Koalition der Willigen“ ihre Sicht der Lage militärisch durchzusetzen versuchte. Das macht den heutigen russischen Verstoß gegen das Gewaltverbot der UNO keinen Deut besser und ist zu Recht auch von der UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit verurteilt worden – aber es

dürfte doch das Gefühl unendlicher moralischer Überlegenheit etwas bremsen. Von Sanktionen war damals nicht die Rede.

Noch wichtiger ist es nachzuforschen, warum eine junge Generation heute deeskalierende präventive Politik bei internationalen Konflikten als moralisch verwerfliche „Appeasement-Haltung“ verurteilt oder sogar als verantwortungslosen „Lumpen-Pazifismus“ denunziert. In dieser Frage steht eine ernsthafte Generationenauseinandersetzung an, der keine Seite länger ausweichen kann.

Meine These lautet: Die Ursache dieser kontroversen Sichtweisen liegt in der unterschiedlichen Beurteilung der Frage, welche politische Haltung entscheidend zur großen echten Zeitenwende der Jahre 1989/90 und zum Zusammenbruch des Sowjetsystems geführt hat.

Die eine Seite – die der alten und der neuen jungen Neocons – behauptet: Die Standhaftigkeit des Westens, seine überlegene demokratische Werteordnung, seine freiheitliche Strahlkraft und die NATO-Nachrüstung hätten eine kraftlos gewordene, korrupte Staatsführung der Sowjetunion schlicht hinweggefegt. Dazu seien die gigantischen Probleme eines überholten staatssozialistischen Wirtschaftssystems gekommen, die schließlich zu einer Implosion des ganzen Staates geführt habe. Entscheidend für den Umbruch sei das Bündnis des Westens mit den antitotalitären Oppositions- und Freiheitsbewegungen in ganz Osteuropa gewesen, sodass der Regime Change zuletzt wie eine reife Frucht vom Baum der Geschichte fiel. Dieses Werk sei aber noch nicht vollendet, weil ein zunehmend autoritäres und diktatorisches russisches Regime quasi die Erneuerung des Sowjetimperiums unter anderen ideologischen Vorzeichen vorbereite. Demgegenüber müsse nun auch militärisch

und mit immer entschlosseneren Sanktionen Widerstand geleistet werden, denn mit dem Angriff auf die Ukraine würde ein Putin sich nicht zufriedengeben. Sein Ziel sei die Zerstörung der Nachkriegsordnung. Unser aller Freiheit und Demokratie seien bedroht, da dürfe es keine pazifistischen Illusionen mehr geben, die Einheit Europas im Abwehrkampf gegen den Kriegsherrn dürfe nicht aufgespalten werden. Diese Sicht des Konfliktes herrscht sowohl in den nachsowjetischen neuen Demokratien Osteuropas vor (Polen, baltische Staaten etc.) als auch in der jungen Politikergeneration nahezu aller deutschen Parteien. Sie weiß sich getragen von der Mehrheitsmeinung in nahezu allen publizistischen Medien und in den politischen Thinktanks.

Die andere Deutung ist weniger idealistisch-missionarisch und weniger auf die euroatlantische Sicht konzentriert. Sie ist weniger revolutionär, sondern eher reformorientiert und pragmatisch. Sie ist erheblich skeptischer in der Einschätzung, dass alle Länder der Erde nach westlichem Vorbild leben möchten. Sie weiß um die historischen Vorbehalte gegen westliche Dominanz und Hybris in Asien, Afrika, Lateinamerika und dem Nahen Osten. Sie deutet die Ereignisse von 1989 als ein Zusammenkommen von vielen sehr unterschiedlichen Faktoren, die alle in einem günstigen Punkt gemeinsam wirksam werden mussten, damit der Umsturz nicht gewalttätig und blutig, sondern so friedlich wie nur irgend möglich stattfinden konnte. Neben der Strategie der Abschreckung zwischen den Blocksystemen und den Erfolgen der Bürgerproteste innerhalb der Gesellschaften betonen sie vor allem die Methode der Entspannungspolitik, der vielen Verhandlungen auf Regierungsebene, die alle das Ziel hatten, auch die herrschende

Moskauer Nomenklatura in einen Prozess der Reformen einzubeziehen. Die Konferenzen in Helsinki, die Ostverträge und die vielen bilateralen Reformvorhaben und wirtschaftlichen Verknüpfungen gerade zwischen Deutschland und der Sowjetunion galten hier als Garanten für die erforderlichen stabilen Kooperationen zwischen den Machtblöcken. Sie zielten auf anwachsendes Vertrauen selbst im Kreml, irgendwann ein Teil eines gemeinsamen europäischen Sicherheitssystems in einem geeinten euroasiatischen Kontinent zu werden. Erdacht war dieses Konzept in der SPD, von Willy Brandt und Egon Bahr, wirksam war es in der deutschen Politik aber auch bei Kohl und Genscher, Weizsäcker und Schmidt – bis hin zu Gerhard Schröder. Seinen kongenialen Partner fand es in Michail Gorbatschows Perestroika-Politik. Joschka Fischer und Angela Merkel dagegen markieren bereits die Zeit des Umbruchs zu anderen, jetzt eher euroatlantischen Konzepten.

Gerade das Moment der Gewaltfreiheit in den Umbruchprozessen ist für die Haltung der Entspannungspolitik entscheidend – und steht damit auch im Zentrum vieler heutiger Angriffe auf diese Position. Damit der Prozess gewaltfrei verlaufen konnte und möglichst wenige Opfer forderte, gab es keine Alternative zu unermüdlichen geduldigen Verhandlungen, teils offener, teils verdeckter Natur. Auf alte Feindbilder und Dämonisierungen musste ebenso verzichtet werden wie auf das Bedürfnis, am Ende des Prozesses einen Sieg des eigenen Systems verkünden zu können. Sanktionen wurden als konfliktverschärfend abgelehnt und nicht einmal beim Einmarsch des Warschauer Paktes in Prag 1968 erwogen. Das entscheidende Symbol dieser Politik war der Runde Tisch, an dem alle Beteiligten saßen, auch die früheren Machthaber. Das historische

Vorbild war der Wiener Kongress, der nach den Napoleonischen Kriegen auch dem besiegten Frankreich einen ehrenvollen Platz in Europa einräumte. Dem Verzicht auf Gewalt und auf ein Blutbad, zu dem auch ein zusammenbrechendes Nuklearimperium gerade angesichts seines drohenden Untergangs immer noch in der Lage gewesen wäre, wurde eine enorme Bedeutung für die weitere Zukunft Europas zugemessen. Dieser Gewaltverzicht sollte sich angesichts der Aussicht auf das gemeinsame zukünftige europäische Haus für alle Beteiligten lohnen.

Das heutige Russland sieht sich um diesen Lohn und diese Zukunftsperspektive betrogen. Darin liegt ein Teil der Ursachen für seine heutigen innen- und außenpolitischen Verhärtungen. Man muss diese Ansicht nicht teilen, aber man muss sie realpolitisch in Rechnung stellen bei allem, was seit der Jahrtausendwende zwischen Ost und West versäumt wurde. Niemand kann heute behaupten, er habe nicht gewusst, dass mit den Konflikten um die Ukraine eine rote Linie für Russland überschritten wird. Diese Ansicht teilt selbst die noch vorhandene Opposition in Russland. Hier Kompromisse zu finden, wäre die zentrale Aufgabe der europäischen Diplomatie gewesen. Die aber war vorrangig mit sich selbst beschäftigt, mit den Kriegen im Nahen Osten, mit dem Terror, mit den Flüchtlings- und Finanzkrisen und dem Bemühen, in einer globalisierten Welt das Bewusstsein der westlichen Dominanz zu behaupten.

Auch wir zahlen einen enorm hohen Preis. Der politische Spielraum für eine eigenständige ausgleichende außenpolitische Agenda Europas wird in der zunehmenden Konfrontation zwischen den USA einerseits und China–Russland andererseits nahezu aufgegeben. Das alte Ziel der NATO scheint am Ende fast vollständig

eingelöst: Amerika ist dauerhaft als Führungsmacht und atomarer Sicherheitsgarant auf dem europäischen Kontinent etabliert, Russland ist dauerhaft ausgeschlossen und Deutschland fest eingebaut und wirtschaftlich kontrolliert. Gerade die Deutschen hatten seit 1990 die günstigsten Bedingungen im Energiebereich durch Russland und ebenso einmalige Exportchancen nach China. Das kam einem Sonderstatus gleich. Jetzt wird es immer schwieriger, aus dem einmal forcierten, aber offenbar wenig erfolgreichen Sanktionssystem wieder herauszufinden. Das weltweite Netzwerk eines Austausches von technologischem Wissen, Waren, Rohstoffen, Lieferketten und Konzepten wird gerade zwischen dem euroatlantischen westlichen Block und dem neu entstehenden russisch-chinesischen Block wie mit einer Axt zerschlagen. Die sozialen, militärischen und politischen Kosten kann keiner abschätzen. Es erscheint sehr irrational, was da gerade geschieht. Wir werden Jahrzehnte brauchen, bis wieder einigermaßen funktionierende Lieferketten und Verträge in einer neu gespaltenen Welt aufgebaut werden können.

Innerhalb dieser großen politischen und weltwirtschaftlichen Katastrophe gibt es einen tragischen Spezialfall: die Wesensveränderung der Grünen. Sie waren einmal die politische Kraft, die dichter an den Zukunftsproblemen des Globus orientiert war als alle anderen Parteien. In ihrem Zentrum standen der Pazifismus und die Ökologie. Beides waren im Kern nicht moralische Attitüden, sondern politische Konzepte, die den gefährdeten Zustand der Welt ernst nahmen. Die damalige Friedensbewegung war ihrem Ansatz nach blockübergreifend und auf dialogische Kompromisse und runde Tische zwischen Ost und West angelegt. Die Ökologie nahm ernst, dass die Rettung des Planeten eine Überwindung des

materialistischen Ausbeutungsverhältnisses gegenüber der Natur erfordert, in dem sich Kapitalismus und Sozialismus im Grundsatz nicht unterscheiden.

Die heutigen Grünen haben allein die Menschenrechtsposition radikalisiert. So sind sie, in vermeintlich idealistischer Absicht, zu Menschenrechts-Bellizisten geworden. Sie drohen darüber ihre Hauptaufgaben zu vergessen. Um die totalitären Regime, um die verhassten Diktatoren und Kriegsverbrecher moralisch und zunehmend militärisch zu bestrafen, verzichten sie darauf, die Welt zu retten. Sie haben – anders als Fridays for Future – vergessen, dass auch die Bewahrung der Schöpfung eine pazifistische Grundhaltung erfordert. Man kann den bedrohten Planeten nur retten, wenn man alle Länder, auch Russland und China, dafür gewinnt und überzeugt. Nachdem aber die neuen, machtbewusst denkenden Grünen angesichts des Umgangs mit Gewaltherrschern den Pazifismus aufgegeben haben, sehen sie sich gezwungen, allmählich, Stück um Stück, ihre ökologischen Positionen zu räumen. Das strenge Sanktionsregime zwingt sie, den Kohleausstieg zu verschieben, den anstehenden Abschied von der Kernenergie, die Ausweisung neuer Naturschutzgebiete. Sie verabschieden sich von der Begrenzung der Rüstungsausgaben, dem Exportverbot für Rüstungsgüter in Krisengebiete.

In Wahrheit – das haben Nelson Mandela, Mahatma Gandhi und Martin Luther King bewiesen – sind auch die Menschenrechte auf Dauer nur gewaltfrei durchzusetzen. Das mag länger dauern als der Weg der Gewalt. Aber er erzeugt stabilere Gesellschaften und verringert die Zahl der Opfer und der von Krieg, Bürgerkrieg und Demütigung traumatisierten Menschen.

Es stimmt nicht, was Heiner Geißler einmal in der Hitze der Auseinandersetzung mit den Grünen sagte (und später zurücknahm): „Der Pazifismus hat Auschwitz erst möglich gemacht.“ Das war schon historisch falsch, denn das britische Empire, das das Münchner Abkommen von 1938 mit Hitler absegnete, war weit entfernt von pazifistischen Traditionen und Überzeugungen, es war selbst Akteur eines militärischen Weltimperiums. Meine Gegenthese lautet: „Nicht der Pazifismus hat Auschwitz möglich gemacht, sondern der Krieg.“ Es war der Vernichtungskrieg mit der ständigen Brutalisierung seiner Ziele, seiner Mittel, Methoden und mit der unausweichlichen Verrohung und Traumatisierung aller Beteiligten, der die Inhumanität und die Verbrechen gegen die Menschheit gebar. Ist der Krieg einmal ausgebrochen, ist niemand davon ausgenommen und kann kaum einer seine Eskalation sicher stoppen: nicht die Staatenlenker, nicht die Feldherren und Soldaten und schon gar nicht die ohnmächtigen Zivilbevölkerungen und Opfer.

Deswegen sind und bleiben Kriegsvermeidung, Kriegsverhinderung und Diplomatie zur Kriegsbeendigung die vorrangige Aufgabe von Politik.

Autorin und Autoren

Julian Nida-Rümelin, Prof. Dr. Dr. h. c.; emeritierter Lehrstuhlinhaber für Philosophie und politische Theorie an der LMU München; Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Schröder; Direktor am Bayerischen Institut für digitale Transformation sowie Vorstand der Parmenides Foundation und stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Ethikrates.

Mattias Kumm, Prof. Dr.; seit 2000 Inhaber einer Professur an der New York University School of Law mit den Schwerpunkten Europarecht, Internationales Recht, Vergleichendes Verfassungsrecht und Rechtsphilosophie; Forschungsprofessur „Global Constitutionalism“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Erich Vad, Dr.; Brigadegeneral a. D.; von 2000 bis 2006 Berater für Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Deutschen Bundestag sowie 2006 bis 2013 u. a. Sekretär des Bundessicherheitsrates und Militärischer Berater der Bundeskanzlerin in Berlin; berufliche Stationen außerdem bei NATO und EU sowie im deutschen Verteidigungsministerium und im Auswärtigen Amt.

„Zu den Gefühlen, die uns der Krieg einflößt, gehört leidenschaftlicher Mitschmerz; denn die Greuel, die himmelschreienden Leiden, der er verursacht, gehen schon über die Grenzen des Erträglichen hinaus. Er nimmt ja täglich mit jeder neuen Heeresverstärkung, jeder neuen Erfindung an Fürchterlichkeit zu [...] All dem Elend muss man ins Gesicht sehen, aber nicht um es als Unglück zu beklagen, sondern als Schlechtigkeit anzuklagen! Denn es ist keine Elementarkatastrophe, es ist das Ergebnis menschlichen Irrwahns und menschlicher Fühllosigkeit.“

Bertha von Suttner (*Bertha von Suttners letzter Brief an die deutschen Frauen*, 1914)

„Nicht der Krieg ist revolutionär, der Friede ist revolutionär.“

Jean Jaurès

„Was wussten 1914, nach fast einem halben Jahrhundert, die großen Massen vom Kriege? Sie kannten ihn nicht, sie hatten kaum je an ihn gedacht. Er war eine Legende, und gerade die Ferne hatte ihn heroisch und romantisch gemacht.“

Stefan Zweig (*Die Welt von gestern*, 1944)

Einführung

VON JULIAN NIDA-RÜMELIN

Dieses Buch geht auf einen intensiven Gedankenaustausch über die Perspektiven nach dem (Ukraine-)Krieg zurück: Werner Weidenfeld, Erich Vad, Albrecht von Müller und Julian Nida-Rümelin trafen sich am 16. Juni 2022 auf Einladung der Parmenides Stiftung. Schon in Interviews, Artikeln und mündlichem Austausch war zuvor deutlich geworden, dass die vier Gesprächsteilnehmer bei allen Unterschieden eines einte, nämlich ein großes Unbehagen angesichts der Tatsache, dass keine langfristigen, nicht einmal mittel- oder kurzfristigen Perspektiven für die Zeit nach dem Krieg in Deutschland, Europa oder den USA erkennbar sind. Im *Wall Street Journal* hat Henry Kissinger dieses Unbehagen am 15. August 2022 in einem Interview sehr deutlich zum Ausdruck gebracht: „Wir stehen am Rande eines Krieges mit Russland und China in Fragen, die wir zum Teil selbst verursacht haben, ohne eine Vorstellung davon zu haben, wie das Ganze enden wird und wozu es führen soll.“

Die öffentliche Debatte hat sich sehr rasch nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges am 24. Februar 2022 neu formatiert. Führende Vertreter einer Partei, die noch im Wahlkampf strikt jede